

Reisen in die Türkei? Geht gar nicht!

Auch wenn der Corona-Lockdown unsere Gier nach Sonne und Sehnsucht nach Meer gerade alles an Urlaubsreisen bucht was auf dem Markt ist, trotzdem fordern wir alle Reiselustigen Menschen auf, die Türkei als Reiseland zu boykottieren. Dieses Land hält Gewalt und Mord an Frauen für ein männliches Vorrecht!

Seit 2011 besteht die Istanbul-Konvention, die Präsident Erdoğan für die Türkei als erster Teilnehmerstaat, damals noch als Ministerpräsident, unterzeichnete. Die insgesamt 81 Artikel der Istanbul-Konvention enthalten umfassende Verpflichtungen. Diese betreffen die Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, den Schutz der Opfer und die Bestrafung der Personen, die gewalttätig werden. Zugleich werden die Gleichstellung von Mann und Frau und das Recht von Frauen auf ein gewaltfreies Leben gestärkt. Um die Istanbul-Konvention ratifizieren zu können, mussten die Regelungen der Konvention vollständig in nationales Recht umgesetzt werden. Mit der Reform des Sexualstrafrechts, das den Grundsatz "Nein heißt Nein" umsetzt, wurde in Deutschland einer der noch fehlenden Voraussetzungen erfüllt. Mit dem Inkrafttreten der Istanbul-Konvention verpflichtet sich Deutschland, dem Europarat über die gesetzgeberischen und sonstigen Maßnahmen zur Umsetzung des Übereinkommens regelmäßig zu berichten. Eine unabhängige Gruppe von Expertinnen und Experten (Group of Experts on Action against Violence against Women and Domestic Violence, GREVIO) überprüft, ob die Verpflichtungen aus dem Übereinkommen von den Vertragsstaaten eingehalten werden.

In Jahr 2020 gab es 300 Morde an Frauen in der Türkei

(Burcu Karakas. Deutsche Welle)

Den ernsthaften politischen Willen, Gewalt gegen Frauen nachhaltig zu bekämpfen, gab es bisher in der Türkei nicht wirklich. Die Rechtsnormen der Istanbul-Konvention wurden bislang nicht angewandt und die vorgesehenen Hilfsangebote und Schutzmaßnahmen für Frauen nicht in die Wege geleitet. Und das, obwohl nach den Zahlen der Organisation „Wir werden Frauenmorde stoppen“ vergangenes Jahr 300 Morde an Frauen registriert wurden. 171 Todesfälle wurden als „suspekt“ eingestuft, darunter auch angebliche Selbstmorde. Mit dem Austritt aus der Istanbul-Konvention fordert der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan die Frauen seines Landes heraus und brüskiert zugleich die Europäische Union, die USA und den gesamten Westen. Unerwartet unterzeichnete Erdoğan in der Nacht zum Samstag ein Dekret, das die vom Europarat auf den Weg gebrachte Konvention außer Kraft setzt. Die Istanbul-Konvention soll Frauen vor Gewalt schützen; die Türkei, berüchtigt für die häufigen "Ehrenmorde" an Frauen, über einen möglichen türkischen Austritt aus der Konvention war zwar in den vergangenen Monaten immer wieder debattiert worden. Die möglichen Motive des Präsidenten für den Austritt aus der Istanbul-Konvention liegen auf der Hand. Erdoğan's AKP und ihr inoffizieller Koalitionspartner, die rechts-nationalistische MHP, verlieren Umfragen zufolge zunehmend an Rückhalt; das gilt auch für den lange Zeit überaus populären Erdoğan selbst. Die Absage an die Konvention zum Schutz der Frauen dürfte der Versuch sein, den Rückhalt bei der konservativen Wählerschaft zu stärken - bei traditionell orientierten Muslimen, aber vor allem bei den Islamisten im Land.